

## Pressemitteilung

# **Bundeskabinett beschließt Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetz – wichtiger Impuls für klimaneutrale Industrie und CO<sub>2</sub>-Infrastruktur**

**Berlin, 7. August 2025** – Mit dem Kabinettsbeschluss zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes (KSpG) und des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) setzt die Bundesregierung aus Sicht der Carbon Management Allianz einen zentralen und wichtigen Impuls für eine klimaneutrale Industrie und den Aufbau einer zukunftsfähigen Energieinfrastruktur in Deutschland.

Erstmals schafft das Gesetz einen klaren rechtlichen Rahmen für die Abscheidung, den Transport und die Speicherung von CO<sub>2</sub>. Die Öffnung für Carbon Capture and Utilization/Storage (CCU/S) bietet Unternehmen nun eine belastbare Grundlage, um Investitionen zu tätigen und sich auf die steigenden Anforderungen des Klimaschutzes vorzubereiten. Hervorzuheben ist, dass diese Infrastruktur nicht ausschließlich auf schwer oder nicht vermeidbare Emissionen beschränkt sein wird, sondern auch die Berücksichtigung von energieintensiven Branchen, für die CO<sub>2</sub>-Management ein zentraler Baustein der Transformation wird, einschließt.

Das Gesetz soll künftig die Offshore-Speicherung von CO<sub>2</sub> in der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) und auf dem Festlandsockel ermöglichen. Auch die Speicherung an Land wird möglich – sofern die jeweiligen Bundesländer im Rahmen einer „Opt-in Regelung“ zustimmen. In Meeresschutzgebieten und im Küstenmeer bleibt die Speicherung ausgeschlossen.

Ein weiterer Fortschritt ist, dass die Vorschriften des EnWG künftig auch für den Aufbau der CO<sub>2</sub>-Infrastruktur angewendet werden können.

Zukünftig sollen Genehmigungsverfahren für CO<sub>2</sub>-Abscheideanlagen unter das Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) fallen, was eine bessere Integration in bestehende Genehmigungsprozesse ermöglicht.

Zudem begrüßt die CMA, dass die Bundesregierung angekündigte, zeitnah das London-Protokoll zu ratifizieren sowie Anpassungen am Hohe-See-Einbringungsgesetz (HoheSeeEinbrG) vorzunehmen – wichtige Voraussetzungen für internationale Speicherprojekte.

**Alexandra Decker**, Vorstandsvorsitzende CMA & Vorstand Corporate Affairs der CEMEX Deutschland AG: *„Entscheidend ist, dass der Bundestag nun eine zügige, technologieoffene und investitionsfreundliche Umsetzung ermöglicht. Es braucht klare Rahmenbedingungen für den Auf- und Ausbau von CO<sub>2</sub>-Infrastruktur, diskriminierungsfreien Zugang zu Transport- und Speicherlösungen sowie eine sachlich geführte Debatte über Speicherstandorte, um gesellschaftliche Akzeptanz und Investitionssicherheit zu schaffen.“*

**Kontakt:**

Alexandra Decker, Vorstandsvorsitzende

+49 173 9686645

[presse@cm-allianz.de](mailto:presse@cm-allianz.de)